



An die Vorsitzende des Ausschusses
für die Gleichstellung von Frauen und Männern
Frau Teresa De Bellis-Olinger

An Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

**SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Köln**

Rathaus, Spanischer Bau
50667 Köln

fon 0221. 221 259 50

fax 0221. 221 246 57

mail fraktion@koelnspd.de

web www.koelnspd.de

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 25.10.2022

AN/1887/2022

Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern	31.10.2022

Wie gelingt es, die Antidiskriminierungs-Meldestellen um den Phänomenbereich Frauenfeindlichkeit zu erweitern?

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrte Frau Ausschussvorsitzende,

die SPD-Fraktion bittet Sie, folgende Anfrage in die Tagesordnung des Ausschusses am 31.10.2022 aufzunehmen:

Das Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen will Meldestellen für queerfeindliche, rassistische und antiziganistische Vorfälle einrichten. Hinzu kommt eine Meldestelle speziell für antimuslimischen Rassismus. Sie sollen die bereits existierende Meldestelle für antisemitische Vorfälle ergänzen und so helfen, ein genaueres Bild von diskriminierenden Alltagsvorfällen auch unterhalb der Schwelle der Strafbarkeit zu erhalten. Das Land erhofft sich von den Stellen auch, wichtige Schlüsse für Intervention und Prävention ziehen zu können. Die Landesregierung stellt für den Aufbau der vier weiteren Meldestellen jeweils 140.000 Euro zur Verfügung.

In der bisherigen Meldestellenlandschaft nicht berücksichtigt ist bisher das Problemfeld Frauenfeindlichkeit. Frauen und Mädchen erleben leider ebenfalls alltäglich im öffentlichen Raum, aber auch bei der Beanspruchung öffentlicher und privater Dienste Angriffe auf Grundlage ihres Geschlechts, die von den Betroffenen in den seltensten Fällen angezeigt werden und die sich ebenfalls oft unterhalb der Schwelle der Strafbarkeit abspielen, ohne jedoch ihre einschüchternde Wirkung zu verfehlen. Ein belastbares Bild von der Größe dieses Problems fehlt ebenso wie bei den anderen Phänomenen.

Wir möchten daher von der Verwaltung wissen:

1. Sieht die Verwaltung Möglichkeiten, beim Land auf die Erweiterung des bisherigen Meldestellenkonzeptes um eine weitere Stelle zur Frauenfeindlichkeit hinzuwirken oder diese anzuregen?
2. Wie schätzt die Verwaltung den Bedarf an einer entsprechenden Meldestelle Frauenfeindlichkeit ein – sowohl kommunal angesiedelt als auch auf Landesebene?
3. Kann sich die Verwaltung vorstellen, zusammen mit den Trägern „Edelgard“ in Richtung einer Meldestelle für Frauenfeindlichkeit auf kommunaler Ebene auszubauen?

4. Wie viel würde die Einrichtung einer solchen Stelle für Köln ca. kosten?
5. In Dortmund gibt es einen kleinen Fonds zur Deckung von Kosten für Untersuchungen und Behandlungen bei Fällen sexualisierter Gewalt. Welche Möglichkeiten der finanziellen Unterstützung gibt es in Köln?

Mit freundlichen Grüßen
Gez. Mike Homann
SPD-Fraktionsgeschäftsführer